



11. Juni 2019

Festrede 100 Jahre Universität Hamburg

Anrede

„Hamburg *wird* eine Universität.“

Das schrieb der Kaufmann und Sozialreformer Caspar Voght.

Im Jahr 1811.

Der Optimismus dieses Hanseaten war offenkundig voreilig.

Es dauerte noch mehr als einhundert Jahre, bis ein parlamentarischer Parforceritt der Hamburgischen Bürgerschaft die Gründung der Universität tatsächlich ermöglichte.

In den Wirren nach dem Ersten Weltkrieg nahm die Entwicklung ein geradezu revolutionäres Tempo auf: Zehn Tage, nachdem das alte Stadtparlament ein Universitätsgesetz noch abgelehnt hatte, stimmte die neugewählte Bürgerschaft dem „Vorläufigen Gesetz betreffend die Hamburgische Universität und Volkshochschule“ mit großer Mehrheit zu.

Nur sechs Wochen später wurde die Hamburgische Universität eröffnet – Gesetze, die so rasch nach ihrer Verabschiedung in die Tat umgesetzt werden, sind nicht nur aus stadthistorischer Sicht bemerkenswert. Sie sind auch eher selten. Leider.

Die Bereitschaft der politisch Verantwortlichen, Lehre und Forschung in der Hansestadt zu fördern, fiel in eine Zeit, als die Menschen im ganzen Land unter dem Eindruck des Weltkrieges und der darauf folgenden politischen Umwälzungen standen.

Allein Hamburg betrauerte 40.000 Kriegsgefallene. Viele Bürger litten unter Mangelernährung. Unter den ersten Studenten, die sich 1919 an der Universität einschrieben, waren zahlreiche Kriegsheimkehrer.

Hamburgs damaliger Bürgermeister Werner von Melle sah in der akademischen Lehre und Forschung eine Chance für die Zukunftsfähigkeit seiner gebeutelten Stadt.

Er tat darum alles, die durchaus skeptische Bürgerschaft milde und großzügig zu stimmen.



Der Versailler Vertrag schränkte die überseeischen Aktivitäten von Reedern und Kaufleuten erheblich ein, die Handelsflotte war dezimiert. In dieser Situation sollte an der neuen Institution besonders die Auslandskunde gestärkt werden. Der einflussreichen Handelskammer versprach von Melle zudem ein Mitspracherecht.

Die Universität sollte allerdings nicht Einzelinteressen dienen, sondern der Stadt insgesamt: Von Melle sprach von einer „Universität aus hamburgischem Geist“. Das klingt gut – und war ambitioniert.

Denn einerseits gingen der Universitätsgründung großzügige Zuwendungen einzelner wohlhabender hanseatischer Familien voraus. Andererseits hegten weite Teile der Kaufmannschaft noch erhebliche Bedenken gegen universitäre Bildungsgänge.

Sie befürchteten, die jungen Talente könnten Gefallen an der Wissenschaft finden und die traditionsreichen Kontore, Bankhäuser oder Schiffe so ihre Erben verlieren. Ein eigener universitärer Geist der Hansestadt musste sich also erst noch voll entwickeln.

Unstrittig ist: In Hamburg fand vor 100 Jahren die erste parlamentarische und demokratische Universitätsgründung in der noch jungen Weimarer Republik statt. Damit holte die Hansestadt nicht nur nach, was längst überfällig war. Aus der Entscheidung sprach eine fortschrittliche, emanzipatorische Grundhaltung.

Universität bezieht sich auf universitas, die Gesamtheit.

Gemeint war – getreu dem antiken Ideal von der Suche nach Erkenntnis – die Gesamtheit der Lernenden und Lehrenden. Seit Humboldt zählte unbedingt auch die Forschung dazu: das Streben, Weltwissen zusammenzutragen, zu mehren und zum Wohl der Menschheit zu verbreiten.

Heute, in unserer über inzwischen 70 Jahre bewährten Demokratie und der freiheitlichen, pluralen Gesellschaft ist Bildung weitgehend als Schlüssel zu materiellem Wohlstand und zur Persönlichkeitsentfaltung anerkannt.

Im Wort *Universität* schwingt auch ein gesellschaftspolitischer Anspruch mit: Die Universitäten wurden in den vergangenen Jahrzehnten bewusst breiten Bevölkerungskreisen geöffnet. Als dieser Prozess begann, studierte ich in den frühen sechziger Jahren hier in Hamburg einige Semester Jura.



Das hässliche Etikett *Massenuniversität*, das auch dieser Uni angeheftet wurde, karikiert das richtige politische Bemühen, möglichst vielen Menschen unter möglichst guten Bedingungen eine möglichst profunde Bildung zu ermöglichen. Das kann aber nur dann funktionieren, wenn die Ausstattung der Universitäten – nicht zuletzt mit Lehrpersonal – mit der Nachfrage nach Studienplätzen Schritt hält.

Dass inzwischen die Hochschulpolitik die Förderung von Exzellenz wieder zum Thema macht, ist Beleg für den weiterhin hohen Anspruch, dem Universitäten im 21. Jahrhundert gerecht werden wollen.

Dazu gehört, auf Klagen über allzu verschulte, streng festgelegte Curricula auf dem Weg zu berufsqualifizierenden Studienabschlüssen zu reagieren. Gegenzusteuern.

Auch im wissenschaftlichen Antragswesen und dem bürokratischen Dschungel in der Forschungsförderung.

Nicht zuletzt muss die Situation der vielen Hochqualifizierten aus dem akademischen Mittelbau verbessert werden, die über Jahre Nerven und Zeit auf Bewerbungen verwenden. Nur so können Politik und Universitäten ihren eigenen Ansprüchen gerecht werden.

Nicht zu überhören ist im Wort *Universität* der sprachliche Bezug zur *Universalität* – es klingt der Wahrheitsanspruch an, die Suche nach überzeitlich gültigen Erklärungen, schlüssigen Theorien und Beweisen.

Erkenntnis zu mehren – Wissen von universeller Gültigkeit zu schaffen und zu verbreiten: Das ist kein geringer Anspruch. Und in einer Zeit schwindender Gewissheiten wichtiger denn je.

Unter den Bedingungen der Globalisierung und Digitalisierung wird unsere Welt immer komplexer, vieles scheint heute keinen Bestand zu haben, scheinbare Gewissheiten werden in Frage gestellt. Universitäten als Lehr- und Forschungsstätten haben hier eine wichtige, eine aufklärende Funktion.

Die Wissenschaft genießt in unserem Land die Forschungsfreiheit. Sie ist grundgesetzlich geschützt. Zugleich forscht niemand im luftleeren Raum. Es gibt eine Erwartung der Gesellschaft an die Forschung. Eine hohe Erwartung! Die Forschung soll Zukunftsfragen lösen helfen, Erklärungen bieten. Der Gesellschaft und den politisch Verantwortlichen beratend zur Seite stehen.

Dazu gehört für mich zwingend der Anspruch, eine breite Öffentlichkeit erreichen zu wollen. Wissenschaftliche Erkenntnis verständlich aufzubereiten



und lesbar zu vermitteln – nicht allein abstrakt, sondern anschaulich und lebendig: das verlangt Kunstfertigkeit. Zuerst aber überhaupt den Willen, ein Publikum auch außerhalb des kleinen Kreises von Fachkollegen anzusprechen – um es mit seinem Forschungsgegenstand zu faszinieren.

Politiker sollen nicht nach Weltformeln suchen. Sie brauchen aber – wie andere verantwortliche Bürger auch – verständliches Wissen, nachvollziehbare Erklärungen und anschauliche Lösungsansätze. Also nicht nur kluge Studien mit fundierten Analysen, sondern auch zukunftsweisende Handlungsempfehlungen.

Auch das ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe der Wissenschaft – darüber zu entscheiden, in der Konkurrenz unterschiedlicher Konzepte, im Streit widerstreitender Interessen, ist dann wiederum die Aufgabe der Politik, von Parlamenten und Regierungen.

Neugierige und experimentierfreudige Wissenschaftler können diese Ideen liefern: mit klugen Forschungsfragen und einer besonnenen Forschungsethik.

Längst wissen wir, dass nicht alles, was machbar ist, auch wünschenswert oder ethisch vertretbar wäre. Dem Streben nach Exzellenz und herausragenden Forschungserfolgen sind Grenzen gesetzt. Über die in der Gesellschaft und in den Universitäten immer wieder neu diskutiert werden muss. Auch über die Balance zwischen gesellschaftlichem und ökonomischem Nutzen der Wissenschaft. Denn Forschung muss nicht, aber sie darf auch ökonomischen Erfolg bringen – in einer Hansestadt mit einer Jahrhunderte alten Kaufmannstradition muss nicht besonders gerechtfertigt werden.

Wie auf allen Feldern des Zusammenlebens braucht es in der Wissenschaft *Verantwortung*, um Veränderungen zu gestalten, um aus dem diffusen und rasant voranschreitenden globalen Wandel sichtbaren Fortschritt zu machen. Maßvoll. Zum Wohl der Menschen. Nicht allein zum Ruhm oder materiellen Vorteil Einzelner.

Im akademischen Diskurs werden neue Fragen entwickelt, und neue Antworten gegeben. Auf der Grundlage des Bekannten und Tradierten.

Wissenschaftliche Bibliotheken – auch solche, die Wissen online verfügbar machen – werfen alte Studien gerade nicht weg, löschen sie nicht, sobald neue Forschungsergebnisse vorgelegt werden. Universitäten pflegen so das *Menschheitsgedächtnis* – und auch das braucht die Wissensgesellschaft heute dringend.

Das Weltwissen vervielfältigt sich in immenser Geschwindigkeit. Informationen sind in Echtzeit verfügbar, und selbst Experten tun sich schwer, auch nur in



ihrem Fachgebiet den Überblick zu behalten. Ausdifferenzierte Erkenntnisse, die stetig wachsende Fülle an detaillierten Daten, einander widersprechende Studien können zu Überforderung führen.

Vielen Menschen macht der wissenschaftliche und technologische Fortschritt Angst. Aus Verunsicherung erwachsen anti-aufklärerische Tendenzen in der Gesellschaft. Kaum mehr nachvollziehbare Entwicklungen lösen einen gedanklichen Roll-back aus, das Verlangen nach ganz einfachen Erklärungsmustern. Darunter leiden Politik und Wissenschaft.

So wie das Vertrauen in politische Verfahren und politisch Verantwortliche schwindet, verlieren auch Experten aus der Wissenschaft an Autorität. Vertrauen in Institutionen und Personen sind flüchtige Güter. Besorgniserregend wird es, wenn nur mehr *dem* Glauben geschenkt wird, was ins eigene Weltbild passt. Die Zivilität einer Gesellschaft wird nicht durch die Vielfalt von Argumenten bedroht, sondern dann, wenn das Recht des anderen auf seine eigene Meinung nicht anerkannt wird. Wenn Thesen nicht widerlegt, sondern abgetan werden.

Wir erleben heute in der Gesellschaft Tendenzen, die Freiheit des Arguments einschränken zu wollen – eine moralisierende und rechthaberische Abkehr von Toleranz. Das macht auch vor Universitäten nicht Halt.

Im Gegenteil: Wiederholt war und ist an deutschen Hochschulen zu erleben, dass im Schutze eigener Anonymität öffentliche Attacken gegen Lehrende gefahren und diese persönlich verächtlich gemacht werden – um zu bestimmen, worüber diskutiert und was gesagt werden darf.

Dass zu Boykotten aufgerufen wird, als Eingeständnis fehlender eigener Argumente, um offen miteinander zu streiten. Dass sogar Entlassungen oder der Ausschluss gefordert wird, als Ausweg, sich unliebsame Meinungen vom Hals zu schaffen – als wären sie damit widerlegt.

In den USA wird seit einigen Jahren über die zunehmende Tendenz an Universitäten heftig diskutiert, die Studierenden vor allem und jedem beschützen zu wollen – nicht zuletzt unter Verweis auf die *political correctness* vor kontroversen Veranstaltungen mit unangenehmen, manche womöglich auch verletzenden Meinungsäußerungen.

Das einstige Aufbegehren gegen Autoritäten, um an den Universitäten einem breiten Meinungsspektrum Gehör zu verschaffen, scheint hier ins glatte Gegenteil gekippt zu sein: Mittels Autoritäten die Redefreiheit einzuschränken.

Es braucht deshalb eine klare Haltung – auch unter den Studierenden: Es reicht nicht, dass wir uns seit 70 Jahren auf die Meinungs- und die akademische Freiheit berufen können – wir müssen sie auch leben.



Meinungsfreiheit sichert nur, wer sie konsequent anwendet.

Die Fähigkeit, andere, womöglich sogar abwegige Meinungen auszuhalten, mit ihnen fair umzugehen und in einen sachorientierten, produktiven Streit zu treten, hat viel mit Bildung zu tun – auch daran müssen Universitäten arbeiten.

Der amerikanische Dichter und Pulitzer-Preisträger Robert Frost hat einmal bemerkt, Bildung sei die Fähigkeit, fast alles anhören zu können, ohne die Ruhe zu verlieren oder das Selbstvertrauen.

Selbstvertrauen, nicht *Selbstgerechtigkeit!*

Sich nicht allein über die *Peergroup*, die in der Blase *likes* anklickt, zu definieren, sondern sich eine eigene Meinungen zu bilden und für sie zu streiten, ohne dem Gegenüber das Recht auf eine andere Argumentation, auf Widerspruch abzusprechen – das ist unabdingbar in der freiheitlichen Gesellschaft wie in der Wissenschaft.

Auch in der akademischen Auseinandersetzung braucht es eine faire Debattenkultur, selbst wenn hier – anders als in der Politik – nicht die Mehrheit, sondern Plausibilitätserwägungen zu Ergebnissen führen:

Der produktive Streit, die Auseinandersetzung sind konstitutiv für die Wissenschaft und für die demokratische Gesellschaft gleichermaßen.

Die deutsche Geschichte, auch die Geschichte dieser Universität, erzählt davon, wie rasch Humanität und die Bereitschaft zur Verständigung erodieren und autoritäre Uniformität einziehen können.

Auf der Feier der Hamburgischen Universität zu Ehren der Weimarer Reichsverfassung sprach 1930 ihr Rektor mahnende Worte. Der Philosoph Ernst Cassirer, der vor 100 Jahren an diese Universität berufen und später einer der ersten jüdischen Universitätsrektoren in Deutschland überhaupt wurde, verteidigte die humanistischen und freiheitlichen Ideale in Forschung und Lehre:

„Die deutschen Universitäten“, so Cassirer, „sind keine politischen Organisationen und Institutionen – sie dürfen es niemals werden, wenn sie ihrem Wesen treu bleiben, wenn sie sich geistig behaupten wollen. Sie dürfen niemals politischen Einzelzielen dienstbar und hörig werden.“

Der Universalgelehrte Cassirer warnte vor Dogmatismus. Aus seinen Worten spricht auch, was wir heute intellektuelle Unabhängigkeit und Grundlage für den Zusammenhalt in einer pluralen Gesellschaft nennen würden: „Wir können der Mannigfaltigkeit der Erkenntnisse und Bekenntnisse Raum schaffen und Freiheit gewähren, wenn nur durch alle Gegensätze hindurch ... der Wille zum Ganzen unverkümmert und ungebrochen bleibt.“



Ein Jahr zuvor war es weit weg von Hamburg, in Davos, zum epochalen Aufeinandertreffen Cassirers mit seinem Antipoden Martin Heidegger gekommen. Wolfram Eilenberger hat in seinem Bestseller „Zeit der Zauberer“ diese mythenumrankte Begegnung zwischen dem Hamburger Ordinarius und dem Freiburger Jungstar eindrücklich beschrieben. Gegenüber standen sich demnach damals „die Hoffnung auf eine *zivilisierende Zähmung* tiefster Ängste gegen die Forderung, sich diesen Ängsten *möglichst radikal auszusetzen*; ein Bekenntnis zum Pluralismus der kulturellen Formen und *Vielfalt* gegen die Ahnung eines notwendigen *Selbstverlustes in der Sphäre der viel zu vielen*; moderierende *Kontinuität* gegen den Willen zum *totalen Bruch und Neuanfang*“.

Die Krise der Moderne war ein Epochensignum, prägte die zwanziger Jahre, die Eilenberger als das „Jahrzehnt der Philosophie“ beschreibt. Aber Vieles von den damaligen Erfahrungen der Menschen, ausgelöst durch das Erleben eines radikalen politischen, technischen und gesellschaftlichen Wandels, scheint uns gar nicht so entfernt von dem, was uns heute, unter gänzlich anderen gesellschaftspolitischen Bedingungen, wieder beschäftigt: Identitätsfragen, Bindungsverluste, Skepsis gegenüber dem, was die Zukunft bringt.

Große Themen für die Wissenschaft – und immense Herausforderungen für die Politik, die den unaufhaltsamen Wandel so gestalten muss, dass wir Schritt halten, dass wir mit den Veränderungen fertig werden können, kurz: dass der Mensch Mensch bleiben kann.

Auf das „Jahrzehnt der Philosophie“ folgte das einer beispiellosen Barbarei. Ernst Cassirer hatte berechtigte Vorahnungen. Er nahm die ersten Übergriffe und Boykottaufrufe gegen Juden ernst und verließ kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten das Land, aus dem seine weitverzweigte Familie stammte – nicht ohne seinem Dekan an der Hamburgischen Universität ausdrücklich auseinanderzusetzen, dass er sein akademisches Lehramt nicht mehr ausüben könne.

Seine Arbeit beruhte in „Sinn und Inhalt“ darauf, dass er als gleichberechtigtes Mitglied der Fakultät anerkannt war – diese Anerkennung wurde ihm wie allen anderen jüdischen Mitgliedern der Hochschule verwehrt.

Ausgerechnet an den Universitäten griff der antidemokratische Ungeist besonders rasch um sich. Gerade Studenten, also eigentlich Mitglieder der jungen intellektuellen Elite, übernahmen willig antidemokratische Gedanken. Viele von ihnen wurden zu Vorkämpfern des Nationalsozialismus.



Wir wissen, was folgte. Und, wie lange es nach Kriegsende und Nationalsozialismus dauerte, auch unter den Talaren den Muff von – nicht zufällig – tausend Jahren hervorzukehren. Dabei taten sich Studenten dieser Universität besonders hervor – das Foto davon, tatsächlich zufällig an einem 9. November entstanden, gehört heute fest zum Bilderkanon der Geschichte unseres Landes.

„Die Erziehung zur Demokratie wird eine der praktischen Herausforderungen der Demokratie selbst“: Das hat der Staatsrechtler Hans Kelsen nicht vor einhundert, aber vor 90 Jahren in seinem Text über das Wesen und den Wert der Demokratie geschrieben.

Sein Satz ist bis heute gültig – und er nimmt auch die Universitäten in die Pflicht. Sie können – gerade in einer Zeit, in der die universitäre Bildung nicht mehr einer ganz kleinen, exklusiven gesellschaftlichen Gruppe vorbehalten ist – Orte sein, an denen Demokratie gelebt wird. An denen die freie geistige Entfaltung möglich ist und der offene Diskurs gepflegt wird.

In diesem Sinne wünsche ich der Universität Hamburg, dass die hier versammelten Wissenschaftler und Forscher, die Lehrenden und Lernenden weiterhin nach Kräften dazu beitragen, die grundgesetzlich gesicherten Freiheiten aktiv mitzugestalten und die Freiheit des Geistes zu verteidigen – im Interesse einer Stadt, in der Forschung, Lehre und Bildung die nötige Freiheit finden.

Und die nach den ersten 100 Jahren selbstbewusst und stolz sagen kann:
Hamburg *ist* Universität.